Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 55. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Donnerstag, den 6. März 1930. | 12. Jahrgang.

Der Sturm sprach einst:„ Ich kenne
Die Welt, denn ich zerpflücke sie."
Da sprach der Reif: „Ich kenne
Sie näher, ich zerdrücke sie."
Die Sonne lacht: „Ich kenne
Sie besser, ich beglücke sie!"

Carmen Silva.

Umschau.

Dem Endkampf entgegen. — Mehr Mut zur Wahrheit! — „Notopfer" oder Notopfer? — Freidenker-„Kultur".

Der Kampf um den Youngplan nähert sich seinem Ende. Die Gegensätze verschärfen sich von Tag zu Tag. Die entscheidenden Reichstagsverhandlungen werden wohl noch manche stürmische Auseinandersetzung bringen. Aber daran, daß der Youngplan trotz aller Achs und Wehs schließlich doch angenommen werden wird, zweifelt niemand. Die deutsche Regierungspresse (man soll ihre gewaltige Macht und Reichweite nicht unterschätzen!) mitsamt den angeschlossenen oder von der Regierung abhängigen Pressekorrespondenzen haben mit allen Mitteln dafür gesorgt, daß die sogenannte „öffentliche Meinung" den Youngplan als einen „Erfolg" hinnimmt, an dem unter keinen Umständen gerüttelt werden darf.

Wer die unbegreiflichen Beschönigungsversuche unserer derzeitigen Machthaber mit nüchterner Sachlichkeit anzutasten wagt, hat sofort den gesamten Propaganda-Apparat der Regierung gegen sich, wie das in der vergangenen Woche sogar das Organ der Christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", hat erfahren müssen, obwohl sich „Der Deutsche" im übrigen für die Annahme des Youngplanes als des „kleineren Uebels" ausspricht. Der Versuch des Stegerwaldblattes, das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterschaft über die todernsten Fragen und Gefahren des Youngplans aufzuklären, genügte, um nicht nur die gesamte Koalitionspresse, sondern auch einen aktiven Minister, nämlich Herrn Dr. Wirth, gegen den „Deutschen" mobil zu machen. Leider erschöpften sich diese offiziellen Gegenaktionen in polemisch zwar recht starken, sachlich aber bedauerlich schwachen Erwiderungen. In einem aber hat „Der Deutsche" ganz ohne Zweifel recht, daß es im Augenblick an einer außenpolitischen Führung zu mangeln scheine, die den Mut habe, der deutschen Nation ohne Umschweife die Wahrheit zu sagen!" —

In ganz ähnlichem Sinne schreibt der weithin als äußerst gemäßigt bekannte Prof. Erich Obst in der „Geopolitik": „Absolut genommen stellt das Haager Abkommen eine Ungeheuerlichkeit dar, wie sie die Weltgeschichte bislang noch nicht erlebt hat. Die Form hat sich gewandelt, der Geist von Versailles aber bestimmte auch die Verhandlungen im Haag. Ob relativ, d. h. unter den gegebenen Umständen, für Deutschland ein besseres Ergebnis zu erzielen gewesen wäre, ob man besser daran getan hätte, den ungewissen Dawesplan der ungeheuerlichen Gewißheit des neuen Planes vorzuziehen, ist außerordentlich schwer zu entscheiden. . . Hinsichtlich der deutschen Tribute fand es alle Welt in Ordnung, daß die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands zur Grundlage genommen wurde und unser Vaterland für alle Schulden der Entente an den Generalgläubiger U.S.A. einstehen muß. Dabei wurden für die maßlosen finanziellen Zugeständnisse Deutschlands nicht einmal politische Kompensationen errungen. . . Für Jahrzehnte ist Deutschland versklavt, isoliert und zur Rolle eines Aschenbrödels unter den Mächten der Welt verurteilt worden. Der Lebensstandard des deutschen Volkes wird automatisch weiter sinken, die Etatsnot von Reich, Staat und Gemeinden chronisch werden. . . Sehr schmerzhaft berührt weiter die Tatsache, daß der von der deutschen Regierung unverständlicherweise geheimgehaltene Polenvertrag tatsächlich mit dem Youngplan in Verbindung gebracht worden ist. Es besagt doch wirklich nicht das mindeste, wenn Außenminister Dr. Curtius feststellt, daß der Polenvertrag juristisch nicht als Element des Youngplanes angesehen werden dürfte. Das ist eine Spitzfindigkeit schwächlicher Geheimdiplomatie! Gegen ein solches Verfahren muß, ganz abgesehen von den schweren Bedenken gegen den Vertragsinhalt, grundsätzlich schärfster Protest erhoben werden. Ist das Erziehung zu einem gesunden Parlamentarismus, wenn die Regierung als Vorbild zu den ärgsten Methoden der Geheimdiplomatie greift? . ."

Wenn aber die Regierungskreise darauf hinweisen, man habe „die heilige Verpflichtung, aus den Haager Abmachungen das herauszulesen (!), was das deutsche Volk als Wesen und Kern des Youngplans ansehen müsse", dann ist das ein sehr schlechter Trost; denn nichts in der Welt hält die Franzosen, die Engländer, die Polen und die Wallstreet davon ab, von dem Boden ihrer sehr materialistischen Interessen aus das „herauszulesen", was sie als „Wesen und Kern dieses Planes" ansehen und kraft ihrer Machtmittel im gegebenen Augenblick auch zu verfechten wissen. Man nenne auch nicht die Auslassungen des „Deutschen" und die vielen anderen warnenden Stimmen „Wasser auf die chauvinistischen Mühlen der Gläubigerstaaten". Schon am 23. Juni 1927 hat der „Daily Telegraph" die „hohen Erwartungen", die unsere allzu unentwegten Erfüllungspolitiker dem deutschen Volke zu machen pflegten „unklug" genannt. Der „Temps" schrieb am 1. Oktober 1929, daß die deutsche öffentliche Meinung „durch eine tendenziöse Propaganda systematisch irregeführt werde". Und am 14. Januar 1930 schrieb der „Temps": „Alle Schwierigkeiten im Haag sind darauf zurückzuführen, daß die deutsche Regierung es nicht gewagt hat, dem Volke klaren Wein einzuschenken. Sie hat die Wahrheit stets verschwiegen und im Volke trügerische Illusionen erweckt."

In die Kette dieser Illusionen gehört in gewissem Sinne neuerdings auch das sogenannte „Notopfer". Als ob mit einem rein konsumptiven Notopfer das Gespenst unserer Arbeitslosigkeit gebannt werden könnte! Wir begeben uns hiermit auf ein äußerst gefährliches und von den Parteien leidenschaftlich umkämpftes Gebiet. Aber ein Arbeitslosenheer von 2,5 Millionen zwingt zu irgendeiner Stellungnahme. 2,5 Millionen Arbeitslose haben wir sogar im letzten Winter nicht gehabt. Voriges Jahr machte man die abnorme Kälte für unser Arbeitslosenelend verantwortlich; dieses Jahr ist uns ein selten milder Winter geschenkt — und die Arbeitslosigkeit ist eine weit größere als im vergangenen Jahr. An den Kriegstributen liegt's sicher nicht; denn da man materielle Verpflichtungen an das Ausland — gleich welcher Art — letzthin nur in Waren abgelten kann, so müßten unsere tributpolitischen „Verpflichtungen" logischerweise nicht Arbeitslosigkeit, sondern im Gegenteil Arbeitsintensivierung auslösen. Wir haben bislang zwar auch „erfüllt", aber mit Borg und Ueberfremdung. Das ist eine äußerst gefährliche und nicht einmal kaufmännisch ehrbare Erfüllungspolitik. Wenn man Erfüllungspolitik treiben will, dann soll man sie auch ehrlich betreiben und mit allen Mitteln um eine Handels- und Zahlungsbilanz besorgt sein, die um drei Milliarden jährlich aktiv und nicht passiv ist. Man kann doch nicht unaufhörlich von Schulden und immer nur von Schulden leben! Was nützen die schönsten Lohntarife, wenn sie für Millionen bloß auf dem Papiere stehen und auf weiteren Millionen unausgesetzt das niederdrückende Gefühl einer heillosen wirtschaftlichen Unsicherheit lastet? — Man höre also endlich auf, Schulden zu machen, und setze die Aermsten der Armen in Arbeit! Denn schlimmer noch als die kümmerlichen Unterstützungspfennige ist für die schuldlos Feiernden das Gefühl des Ueberflüssigseins und der inneren Leere. Kann hier wirklich ein „Notopfer", wie es von gewissen sozialdemokratischen Kreisen gefordert wird, helfen? — Ganz abgesehen von der ungerechten Art der Erhebung, die auf eine einseitige Belastung der Festbesoldeten (wozu man fälschlicherweise auch die Privatangestellten rechnet) hinausläuft, wäre ein solches „Notopfer" doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Was eine jahrelange öffentliche Mißwirtschaft verdorben hat, kann ein „Notopfer" ohne durchgreifende Finanz- und Wirtschaftsreform nicht wieder gutmachen. Im Gegenteil, es könnte ein Mittel sein, diese Mißwirtschaft dem Volke gegenüber weiter zu verschleiern und noch eine Weile fortzusetzen. Gewiß, der Notopfer-Gedanke an sich ist schön und edel, nur muß er einem höheren Ziele und nicht recht durchsichtigen Parteizwecken dienen. Niemand würde den Gedanken eines Notopfers fröhlicher aufgreifen als wir, wenn die Gewißheit vorläge, daß hiermit eine endgültige Absage an die bisherige unhaltbare Finanz- und Wirtschaftpolitik verbunden wäre. Leider aber fehlt diese Gewißheit vollkommen. Sollen aber deshalb die Arbeitslosen noch mehr hungern, als sie dies jetzt schon tun? — Das könnte niemand, der ein Herz in der Brust trägt, verantworten. Was wir jedoch — gerade im gegenwärtigen Augenblick — brauchen, ist kein halber, sondern ein ganzer Schritt! Was unsere Arbeitslosen wollen, sind nicht Almosen, sondern Arbeit und Lohn! Beides können sie haben, wenn man an verantwortlicher Stelle den Mut zur entsprechenden Finanz- und Wirtschaftsreform findet. Es sind gerade auch im „Aufwärts" immer wieder genug Mittel und Wege aufgezeigt worden, wie unserm Volk zu helfen und seine Arbeitslosennot zu überwinden ist. Wir haben auch genug sachkundige Männer in Deutschland, die in der Lage wären, die notwendigen Reformen durchzuführen. Aber hierzu gehört vor allem ein wissendes Volk, d. h. ein Volk, das über seine verzweifelte Lage restlos aufgeklärt ist, — ein Volk, welches weiß, daß nicht Verschwendung, sondern eiserne Sparsamkeit, daß nicht Verschuldung, sondern Arbeit uns vor dem endgültigen Zusammenbruch zu retten vermag. Der Gedanke eines Notopfers ist laut geworden, — wohlan, gestalten wir diesen Gedanken fruchtbar! Werben wir für ein Notopfer, das restlos und ohne die üblichen, leider recht beträchtlichen Verwaltungsabzüge für ein groß angelegtes Arbeitsbeschaffungsprogramm verwendet wird. Ein Notopfer zur tatkräftigen Überwindung unseres Arbeitslosenelends würde von jedem, nicht gerade mit parteipolitischer Blindheit geschlagenen Deutschen aufs freudigste begrüßt werden. Gottlob haben wir auch heute noch Männer in Deutschland, denen man den Ertrag eines solchen wahren Volksopfers rückhaltlos zu treuen Händen und zur entsprechenden Verwendung anvertrauen könnte. Selbstverständlich müßte aus unserem 25-Milliarden-Etat auf irgendeine Art und Weise (wir haben ja 73 Minister, 21 Parlamente, 2600 Parlamentarier und 1,3 Millionen Verwaltungsbeamte, die sich hierüber den Kopf zerbrechen können!) der verhältnismäßig geringe Betrag erübrigt werden, um das Loch in der Arbeitslosenversicherung bis dahin zuzustopfen. Die bedauernswerten Arbeitslosen mit ihren hungernden Familien sind die letzten, denen man auch nur noch das geringste Zusatz-Opfer aufbürden darf. Und das ist unser Optimismus: daß es um Deutschlands Schicksal längst noch nicht so hoffnungslos bestellt ist, wenn nur das Volk erst weiß, was alles auf dem Spiele steht und daß — gleich, ob der Youngplan angenommen wird oder nicht — es höchster Kraftanstrengung und letzten Energieaufwandes bedarf, um einstmals wieder frei und glücklich zu werden.

Aber es bedarf zu einer vollgültigen Reform nicht nur finanz-, verwaltungs- und wirtschaftspolitischer Gesundungsmaßnahmen, sondern vor allem auch einer seelischen Erneuerung. Auch hiermit sieht es trotz mancherlei hoffnungsvoller Ansätze innerhalb der Jugendbewegung geradezu erschütternd aus. Es sei nur an die zur Zeit in Berlin stattfindende Ausstellung der „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur" (Ifa) erinnert, die ungefähr das Wüsteste an Hetze gegen Kirche und Religion darstellt, was in dieser Beziehung bisher in Deutschland geleistet worden ist. Zwar hat der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel drei Ifa-„Kultur"-bilder (Christus mit Gasmaske und Militärstiefeln; Unterschrift: „Maulhalten! Durchhalten!" usw.) entfernen lassen; aber diese Maßnahme war praktisch nichts anderes als eine kostenlose Reklame für die Ifa, deren übrige gotteslästerlichen „Kultur"werke sich in nichts von den 3 beschlagnahmten „Kunstprodukten" eines unerhört radikalen Freidenkertums unterscheiden. Wer bisher von der Ifa noch nichts wußte, der ist durch Zörgiebels halbe Maßnahme (Schließung der Ifa wäre das einzig Richtige gewesen!) darauf aufmerksam geworden. Wie wir in einem Berliner Blatte lesen, ist der Besuch der Ifa heute stärker als zuvor. Uebrigens gibt die Ifa auch einige Aufklärung darüber, wieviel Hunderte von Gotteshäusern man in dem Sowjet-„Paradies" vernichtet, bezw. in Fabriken, Theater, Kinos usw. umgewandelt hat. Es ist dies ein sehr ernster Anschauungsunterricht von authentischster Seite besonders auch für diejenigen, die an den Kampf gegen Gott in Sowjetrußland noch immer nicht so recht glauben wollen. Daß die marxistischen Besucher der Ifa auch ihre Kinder auf diese gotteslästerliche Ausstellung, die natürlich auch in mannigfachster und leidenschaftlichster Weise zum Austritt aus der Kirche auffordert, mitnehmen, setzt niemand in Erstaunen, der über

München duldet keine Kirchenhetze

Verbot sämtlicher Freidenkerversammlungen.

Die roten Antikirchenverbände Münchens hatten in der vergangenen Woche beschlossen, in mehreren Versammlungen eine große Werbekampagne für den Kirchenaustritt zu veranstalten, bei der natürlich auch die christliche Kirche und ihre Anhänger wieder in der üblichen Form verhöhnt worden wären. Die Polizeidirektion Münchens hat hierauf soeben ein Verbot sämtlicher Veranstaltungen der Freidenkerverbände erlassen unter Berufung auf Paragraph 166 (Beschimpfung der christlichen Kirche und ihrer Einrichtungen).

Die Polizei der Reichshauptstadt kann sich an dem Vorgehen der Münchener Polizei ein Beispiel nehmen.

die „Eziehung“ der Freidenkerkinder auch nur einigermaßen unterrichtet ist. In der Monatsschrift „Das proletarische Kind“ z. B. heißt es: “Wir sind gegen die bürgerliche Lernschule, und falsch ist der Standpunkt, daß es in erster Linie darauf ankommt, den Kindern eine gute Erziehung zu geben. Die Kirchen sollen in ein Haus für Volksbildungszwecke und Sport umgewandelt oder als Verkehrhindernis eingerissen werden.“ Und in der Februarnummer eines anderen Freidenkerblattes heißt es:

„Nun danket alle Gott!
Wir dachten, er sei tot.
Unser Vater in dem Himmel, —
Das riecht verdammt nach Schimmel.
Jesu geh voran,
Du hast die größten Stiebel an.
Wie soll ich dich empfangen?
Mit Prügeln und mit Stangen.
Tochter Zion freue dich,
Morgen gehst du auf den Gedankenstrich!“

Gewiß, die Feder sträubt sich, diese entsetzlichen Dinge nachzuschreiben. Es liegt uns noch schlimmeres Material vor. Aber wir wollen es mit dieser Probe genug sein lassen. Es wäre unverantwortlich, wenn man das alles in Christenkreisen leicht nehmen oder gar vertuschen wollte. Das deutsche Christenvolk muß auch in dieser Beziehung wissen, was es geschlagen hat.

Und all das macht sich widerstandslos breit; obwohl wir in Preußen als Justizminister ein Mitglied des Zentrums und als Kultusminister — einen Religiös-Sozialisten haben! Deutsches Volk, wann endlich wirst du auferwachen? — H.

Die Kirche in Dorf und Stadt.

Heinrich Sohnrey hat die „Dorfkirche“ als Zeitschrift gegründet und damit zugleich die Dorfkirchenbewegung vor Jahren schon ins Leben gerufen. Er selbst hatte den Weg vom Dorf zur Großstadt gemacht und in der Stadt die Liebe zum Dorf sich bewahrt.

Er sah, wie viele vom Dorf in der Stadt verkümmerten und ihr Bestes verloren. Darum suchte er einen Weg, ihnen dies Erbe zu erhalten.

So entstand die „Dorfkirchenbewegung“ aus der Not der Zeit. An die Stelle Sohnreys ist der Superintendent v. Lüpke jetzt als Schriftleiter der „Dorfkirche“ und Leiter der Dorfkirchenbewegung getreten.

Er sprach über diese Bewegung vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft von Pfarrern auf dem Pfarrervereinstag in Dortmund. Wir entnehmen seinen Ausführungen die Hauptgedanken, die hier folgen:

In Westfalen und Rheinland ist diese Bewegung der „Dorfkirche“ noch neu. Und doch ist sie auch hier im Industriebezirk angebracht. Wir brauchen infolge des Bruchs mit der Vergangenheit durch die Industrialisierung des Dorfes Anregungen seitens der Stadt auf dem Lande. Und umgekehrt muß die Stadt bei dem gegenwärtigen Auflösungsprozeß von den auf dem Lande vorhandenen Urkräften der Ehrfurcht, Gemütstiefe und Gottesfurcht zehren. Das beiden Gemeinsame, das Volkstum, die gemeinsame Seelenmacht, wozu in erster Linie die christlichen Einflüsse gehören (das Erbe Luthers z. B. im kleinen Katechismus), gilt es zu pflegen und zu stärken. In unseren Industrie- und Vorstadtgemeinden scheint es zwar, als sei alles echte Volkstum daraus entschwunden. Aber bei tieferem Nachgraben erkennt man doch auch hier die bildenden Kräfte, wie sie z. B. August Winnig schildert, wie der deutsche Arbeiter infolge seiner Entwurzelung aus dem Dorf, der Familie und Kirche nach seiner Seele sucht und nach einer neuen Heimat, in der er wurzeln kann. Daraus müssen wir als Christen lernen. Wir müssen uns in die Seele der Heimatlosen hineindenken und -leben, denen, die unter der Heimatlosigkeit leiden, wieder die Heimat bringen und ein Heim schaffen. Man kann auch Nachbarschaften gründen und die Neuzuziehenden durch Besuche von Vertrauensleuten begrüßen, zu besonderen Abendversammlungen einladen, daß sie sich wissen als Brüder und Kinder eines Herrn. Weiter gilt es, die alte gute Sitte zu pflegen; denn was zur Sitte geworden ist, das hat erst Macht. Auch muß der Industriearbeiter in seiner Berufsarbeit das innerlich zu bewältigen lernen, womit er täglich zu ringen hat. So allein werden Glaube und Heimat zu den höchsten Kräften, um aus Dorf und Stadt eine Gemeinde Jesu Christi zu machen und die Seele für Gottes Reich zu gewinnen und dabei zu erhalten. St.

Strafrechtskonferenz.

Für Angleichung des österreichisch-deutschen Strafrechts.

— Wien, 5. März.

Im Gebäude des österreichischen Parlaments tagt gegenwärtig eine österreichisch-deutsche Konferenz, deren Aufgabe es ist, in Vorbereitung des späteren Anschlusses für beide deutschen Länder ein einheitliches Strafrecht zu schaffen. Bekanntlich ist die Beratung des neuen Strafgesetzbuches im Reichstag und im Nationalrat jetzt soweit gediehen, daß die Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches für den Herbst zu erwarten ist. Bis dahin müssen dann auch die abweichenden Beschlüsse der beiden Parlamente im Wege gegenseitigen Entgegenkommens einander angepaßt werden.

Die Führung der deutschen Delegation hat der greise Vorsitzende des Strafrechtsausschusses des Reichstags, Prof. Dr. Kahl; ferner gehören der Abordnung an: die früheren Reichsjustizminister Bell und Emminger, die Reichstagsabgeordneten Dr. Alexander, Dr. Ehlermann, Landgerichtsdirektor Hahnemann, Dr. Jörissen, Marum, Frau Pülff, Dr. Rosenfeld und Landgerichtsdirettor Wunderlich. Als Regierungsvertreter nimmt u. a. der frühere Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer an der Konferenz teil.

Eröffnet wurde die Tagung durch eine Ansprache des Obmanns der österreichischen Delegation Dr. Waber, der besonders warme Worte der Begrüßung an den Führer der deutschen Abordnung Dr. Kahl richtete. Dr. Waber gab dann seiner Freude über die Beendigung der ersten Lesung des Gesetzgebungswerks im Reichstag und im Nationalrat Ausdruck und verwies dann kurz auf die bedeutsame Arbeit ,die noch zu leisten ist. „Ueber die Grundfragen“, so fuhr der Redner fort, „sind wir uns einig. Wenn auch jetzt der größte Komplex an Einzelfragen zu behandeln ist, so werden wir doch unter der Führung des Geheimrats Kahl wiederum zu einem positiven Ergebnis kommen.“

Der Leiter des österreichischen Justizministeriums, Minister Dr. Slama, würdigte die große Bedeutung der gemeinsamen Strafrechtskonferenz und bezeichnete als ihre wichtigste Aufgabe die Ueberbrückung der bei der ersten Lesung des Gesetzes zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten. Geheimrat Dr. Kahl beendete seine Rede mit den Worten:

„Seien Sie davon überzeugt: der gute Wille, den Sie bei uns voraussetzen, wird von uns dieser neuen Aufgabe in hohem Maße entgegengebracht. Auch wir haben den dringenden Wunsch, aber auch die absolute Zuversicht, daß es uns gelingen wird, auf dem Boden und in diesem Saale, in dem wir die ersten verheißungsvollen Anfänge machen durften, auch den richtigen Schluß zu finden.“

Dann begannen die sachlichen Verhandlungen. In der strafrechtlichen Behandlung des Zweikampfes wurde unter Verzicht auf die deutsche Formulierung die österreichische Fassung nach langer Debatte und mit 36 gegen 6 Stimmen angenommen. Die neuen Bestimmungen lauten nunmehr:

„Wer jemand zu einem Zweikampf mit einem anderen anreizt, insbesondere dadurch, daß er ihm Verachtung bezeigt oder androht, wird mit Gefängnis bestraft. Ebenso wird bestraft, wer jemand Verachtung bezeigt, weil dieser eine Herausforderung zum Zweikampf unterlassen oder nicht angenommen hat, oder wer zu bewirken sucht, daß ihm andere aus diesem Grunde Verachtung bezeigen.“

Die schwierigste Frage, nämlich die der Bestrafung des Mordes und der Tötung, wurde zurückgestellt. Gegensätze bestehen hier deshalb, weil auch das neue deutsche Strafgesetzbuch nach dem Regierungsentwurf die Todesstrafe enthalten wird, während Deutsch-Oesterreich die Todesstrafe abgeschafft hat. Eine klare Entscheidung für oder wider die Todesstrafe konnte übrigens auch bei der ersten Lesung im Reichstag nicht erzielt werden.

Auch der vom österreichischen Ausschuß gestrichene Paragraph 274a gab Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Hier lag die vom deutschen Reichstagsausschuß beantragte Fassung vor: „Wegen der in diesem Abschnitt mit Strafe bedrohten Handlungen muß die Amtsfähigkeit ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe aberkannt werden.“

Nach längerer Debatte wurde mit 32 zu 12 Stimmen folgender Kompromißantrag zum Beschluß erhoben: „Wegen der in diesem Abschnitt mit Strafe bedrohten Handlungen kann die Amtsfähigkeit ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe aberkannt werden. In besonders schweren Fällen ist hierauf neben jeder Gefängnisstrafe zu erkennen.“

Mögen denn auch die weiteren Verhandlungen der österreichisch-deutschen Strafrechtskonferenz zu einer Einigung führen und damit die Rechtsangleichung zu einem neuen Meilenstein auf dem Wege der österreichisch-deutschen Vereinigung werden.

Genfer Juristenarbeit beendet.

Zahlreiche Vorbehalte gegen die Abänderung des Völkerbund-Paktes.

— Genf, 5. März.

Der von der Vollversammlung des Völkerbundes mit der Angleichung der Völkerbundssatzungen an die Bestimmungen des Kriegsächtungspaktes beauftragte Juristenausschuß hat seine Arbeiten praktisch beendet. Am heutigen Mittwoch wird über den Schlußbericht verhandelt, der nach seiner Annahme dem Völkerbundsrat zur Stellungnahme zugeleitet werden wird. Die Beschlüsse der Juristen werden im Herbst dann auch noch die Vollversammlung des Völkerbundes beschäftigen.

Der Kellogg-Pakt enthält bekanntlich das Verbot des Krieges als Werkzeug nationaler Politik; die Verteidigung gegen einen Angriff wird davon nicht berührt. Ferner enthält er die Verpflichtung, die Lösung von Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu suchen. Der Juristen-Ausschuß einigte sich nun unter Mitwirkung des deutschen Vertreters v. Bülow darauf, festzusetzen, daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes nur friedliche Mittel zur Lösung von Streitigkeiten anwenden dürfen. Damit müßten Schritte, wie z. B. die Ruhrbesetzung, ausgeschlossen sein. In den Artikel wurde ferner die ausdrückliche Verpflichtung des Kellogg-Paktes, nicht zum Kriege zu schreiten, eingefügt.

Nicht leer zurück gekommen. *)

Von Boersing-Kierspe.

Die himmlische Liebe wartet auf die Menschen, ob sie nicht kommen und eingehen wollen in das Reich der Seligen. Sonderlich auf die verlorenen Söhne. Wenn deren einer kommt, dann gibt es allemal ein Freudenfest, dann rauscht die Luft durch den Himmel wie ein Strom, von einem Ende bis an das andere. Ein Mensch, der aus der Irre, aus dem Dunkel kommt, ein Bettler, der nichts hat als Krankheit und Sünde, der nichts begehrt als das Brot und den armen Rock eines Tagelöhners, und dem nun im strahlenden Licht ein unvergängliches Feierkleid übergestreift und ein goldener Fingerreif an die Hand gesteckt wird!

Und auch die irdische Liebe wartet oft auf einen Menschen, ob er nicht kommen will. Auch auf einen verlorenen Sohn. Und wenn er käme, dann würde er, der sich für den allerletzten hält, der allererste sein, es würde für ihn, wenn auch nicht ein gemästetes Kalb, so doch eine gemästete Gans oder ein gutes Huhn auf den Tisch kommen. Und ein goldener Ring fände sich auch für ihn. Ein Ring, der ihn zu einem Sohn des Hauses machen würde!

Wie oft, wenn fern, wo die blauen Höhen des Teutoburger Waldes winkten, der bimmelnde Mittagszug durch die sandige Senne fuhr, stand nicht in einem einsamen Bauernhause zwischen Delbrück und Verl ein wartendes Mädchen in der Tür und schaute hinaus auf die Landstraße, ob er, mit dem ihre Sehnsucht jeden Tag heimlich sprach, nicht kommen wollte. Jeden Mittag tat sie das, den ganzen Sommer lang. Und auch später noch, wenn auch nicht mehr jeden Tag. Aber er kam nicht. Ein Jahr ging nach dem andern, die Mutter starb, der Bruder heiratete — er kam nicht. Ihre blanke Mädchenschönheit welkte in all der Mühe eines harten Landlebens, und hatte sie schon immer ein stilles zurückhaltendes Wesen gehabt: jetzt wurde sie eine ernste, ja, oft herb verschlossene Jungfrau. Auch die Frau ihres Bruders mußte bald auf den Kirchhof getragen werden, der Bruder zog in den Krieg und nun ruhte auf ihren Schultern die Last einer Arbeit, die ihr nur nachts, auf ihrem Lager, wo sich sonst wohl noch in ihr waches Träumen hinein eine immer wieder begrabene und immer wieder auferstehende Hoffnung gedrängt hatte, ein paar kurze Stunden tiefer, traumloser Ruhe gönnte. „Sie arbeitet, als ob sie zehn Kinder zu versorgen hätte, sagte einmal zu ihrem alten, nun schon krummen und halb lahmen Knecht der nächste Nachbar. „Ja, aber sonst tut sie, als ob sie eine Witwe wäre!“ nickte der Knecht.

Und dann trug sie bald eines Tages auch das Gewand einer Witwe. Und abends saß sie noch lange und nähte auch für das Kind ihres Bruders, das nun vollends eine Waise geworden war, ein schwarzes Kleid. Ihr Bruder war gefallen, irgendwo unten in den Karpaten.

Und gerade in jenen dunklen, leidumwölkten Tagen mußte er kommen. Er, an den sie in der letzten Zeit nur noch gedacht hatte, wie man an einen lieben Toten denkt: mit einem stillen, starken, alle traurigen Gedanken abwehrenden Leidensmut, der wohl noch mit einem flüchtigen Seufzer dem Schmerz sein Recht gibt, dann aber wieder frisch nach der Arbeit greift. Und als er vor ihr saß, blaß und müde, auch aus dem Krieg kommend und für seinen kranken Leib das begehrend, was ihm die hungernde Großstadt nicht geben konnte, am liebsten Korn u. Mehl, sonst aber auch Kartoffeln und Aepfel, was sie hätte — da sprang ihr ein Leuchten aus den Augen, aber gleichwohl auch ein herbes Wort von den Lippen. Sie holte ihre Hausbibel: „Kennst du sie noch, Anton? Früher waren ihre Blätter weiß und glatt, heute sind sie kraus und schmutzig. Das macht, weil der Bruder immer drin gelesen hat, und ein Bauer, weißt du, hat nicht immer die reinsten Finger. Und was du dem Bruder gesagt hast, als du ihn aus dem Dreck der Straße in dein Haus holtest — er hat es mir und der Mutter noch an demselben Abend erzählt — das sage ich jetzt dir: Daß wir nicht glauben wollen, das ist unsere Sünde! Ein halbes Jahr bist du schon zurück aus dem Krieg, deinen Posten als Lagerverwalter kannst du nicht mehr versehen — ja, wußtest du nicht, daß du hier an diese Tür anklopfen darfst bei Tag und bei Nacht?“ An dem Abend tat sie ihren Kühen mehr Heu als sonst in die Raufen: „Freßt, daß ich Milch und Butter kriege! Es ist eine böse Welt! Halb ist sie toll, und halb ist sie krank.“

Ein Jahr später nähte sie für das Töchterlein ihres Bruders wieder ein Kleid. Aber diesmal ein weißes. „Uebermorgen kriegst du einen neuen Vater, Kind!“ sagte sie. „Aber einen kranken!“ klagte Anton. Und er fragte, das Wort mit einem Seufzer begleitend, seine Verlobte. „Sag mal, weshalb nimmst du mich eigentlich? Aus Liebe oder aus Barmherzigkeit?“ Sie saß eine ganze Weile sinnend und ließ die Nadel ruhen. Als sie dann den Mund auftat, war es auch zu einer Frage: „Sag mal, ist Liebe Barmherzigkeit oder ist Barmherzigkeit Liebe?“

Er wußte es nicht, er sagte nur trübe: „Was ich wohl machen soll, wenn ich dein Mann bin?“

Ja, was er wohl machen sollte, der kranke Mann, der sich in den russischen Sümpfen ein Leiden geholt hatte, das er nicht mehr los wurde? Dem fremden Kinde, dem er ein Vater geworden war, sollte er ein treuer Pfleger sein und dem alten, jetzt immer brummigen Knecht, der einer jüngeren Kraft hatte weichen müssen, mit stillem Beispiel belehren, daß auch Erbsenpflücken und Holzspalten und Hühnerfüttern ein ebenso Gott wohlgefälliges Werk sei als wie Pflügen und Heueinfahren. Und daß auch das Stillehalten und Stillesein ein großes Ding sein kann. Und abends sollte er die Hausbibel von dem Sims nehmen und in den alten Blättern, die von den Tränen einer dankbaren Mutter kraus und von den Fingern eines heimgefundenen verlorenen Sohnes grau geworden waren, forschen und lesen, dann über das große Weltgeschehen und über sein kleines Leben nachdenken und erkennen, daß Gott der Herr noch immer segnend und richtend durch die Welt geht. Daß der auch heute noch einen sich an die Brust schlagenden Zöllner und eine weinende Maria Magdalena zu sich ruft und einen hohen Obersten des Volkes arm und unbeschenkt von sich gehen läßt. Und schließlich sollte er, das Erkannte in die Tat umsetzend, allen Nachbarn ein Freund, allen Hilfeheischenden ein Helfer, allen Irrenden ein Wegweiser sein. Vollends an den Sonntagen sollte er für jeden Sohn einer Mutter, der irgend kommen wollte, ein allzeit offenes Haus und Herz haben.

Und sie kamen denn auch bald, besonders die Hilfeheischenden. Sein Haus lag nicht weit von der Landstraße. Einen bescheidenen Wohlstand verratend, hatte es von jeher eine Anziehungskraft für allerlei fahrendes Volk gehabt. Aber mit den Leuten wurde es nun doch

---

*) Die beifolgende kleine, in ihren Kernstücken wahre Geschichte ist die Fortsetzung der kleinen Erzählung „Menschwerdung“ in Nr. 304 und 305, 1929.

Eine weitere wichtige Ergänzung des Völkerbundspaktes bildet der Beschluß, eine Bestimmung einzuschalten, wonach der Rat im Falle der Nichtausführung einer Entscheidung einstimmig Maßnahmen zu ihrer Durchführung beschließen soll. Für den Fall, daß der Rat nicht zu einer einstimmigen Entscheidung gelangt, sind für Artikel 15 Absatz 7 Bestimmungen vorgesehen, durch die der Rat das Verfahren im Gegensatz zur jetzigen Fassung auch dann nicht aus der Hand geben darf und gegebenenfalls beim Haager Gerichtshof über die strittigen Rechtsfragen die Entscheidung einholen kann. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, auch in solchen Fällen schließlich in einem neuen Verfahren zu einer einstimmigen Entscheidung des Rates zu gelangen, die dann ebenfalls obligatorischen Charakter hätte.

Entwertet werden diese auf die Stärkung des friedlichen Verfahrens bei der Regelung internationaler Streitigkeiten gerichteten Bestimmungen des Schlußberichts teilweise dadurch, daß mehrere Staaten Vorbehalte angemeldet haben, deren Zahl sich während der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes sicher noch erhöhen wird. Diese Vorbehalte lassen es zweifelhaft erscheinen, ob im Falle einer Annahme durch die Völkerbundsversammlung die für die Inkraftsetzung nötigen Bestätigungen sämtlicher Ratsstaaten und der Hälfte der Völkerbundsstaaten zustande kommen.

Regierungserklärung in Paris.

Vier Anfragen an den Ministerpräsidenten. — Wiederaufnahme der Saarverhandlungen.

Das zweite Kabinett Tardieu wird sich am heutigen Mittwoch der Kammer vorstellen, nachdem das Regierungsprogramm die Zustimmung des Kabinetts gefunden hat. Verlesen wird die Regierungserklärung durch Tardieu. Von der Opposition liegen vier Anfragen vor, nämlich von den Radikalen, den Sozialdemokraten und den Kommunisten; Abgeordneter Breton hat eine Anfrage eingebracht, die Aufklärung darüber verlangt, warum das Ministerium Tardieu 34 Mitglieder zählt.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Kammer über die Anfragen zur Tagesordnung übergehen und der Regierung mit „ausreichender" Mehrheit das Vertrauen aussprechen wird.

Uebrigens hat Tardieu für seine Regierungserklärung eine ganze Reihe neuer Schlagworte erfunden. Er will nicht nur seine alte „Politik der Prosperität" mit den neuen Mitteln des Programms der Regierung Chautemps fortsetzen, sondern er will darüber hinaus die „Zwingburg der Steuerverwaltung" einreißen. Die Steuer soll jetzt „in gleichem Rhythmus wie die Produktion marschieren", ja sie soll der Wirtschaft „einen neuen Sprung nach vorn" ermöglichen. Sie soll sich modernisieren und vor allem auf Budgetüberschüsse verzichten.

Mit dem Amtsantritt der neuen Regierung werden auch die deutsch-französischen Saarverhandlungen wieder in Gang kommen. Der Vorsitz der französischen Abordnung ist wieder dem Minister für öffentliche Arbeiten, Pernot, übertragen worden. Die erste Sitzung der Saarabordnungen nach der Krise findet in der nächsten Woche statt. Der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär z. D. v. Simson, hatte bereits eine Unterredung mit Pernot, nach der er sich zu einem kurzen Aufenthalt nach Berlin begab.

Ueber die Stimmung der saarländischen Bevölkerung unterrichtet ein Artikel des Saarindustriellen Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling-Völklingen, in dem es heißt:

„Wenn auch an der deutschen Entwicklung manches auszusetzen ist, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß der nationale Zusammenhalt in Deutschland und mit Deutschland sich in der Nachkriegszeit bei uns im Saargebiet als über jeden Zweifel erhaben erwiesen hat. Das französische Wesen hat sich uns in einer so abstoßenden Form gezeigt, daß die ganze Saarbevölkerung sich wie ein Mann dagegen zusammengeschlossen hat.

Es ist niemand im Zweifel darüber, auch die Franzosen nicht, daß bei einer Abstimmung sich die ganze Bevölkerung für die Zugehörigkeit zu Deutschland und einer Ablehnung jeder anderen Lösung aussprechen würde. Die Versailler Abtrennung des Saargebiets von Deutschland ist tot, sie muß nur noch begraben werden. Wie lange wird es dauern, bis die Politik die Folgerungen aus dieser Tatsache zieht?

*

Zusammenkunft Tardieus mit Macdonald

— London, 5. März.

Der italienische Delegierte auf der Flottenkonferenz und der amerikanische Botschafter in Paris hatten dort eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem Minister des Auswärtigen Briand. Wie verlautet, wird Tardieu Sonnabend nachmittag in London eintreffen und das Wochenende in Chequers gemeinsam mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald verbringen.

Belgien befestigt seine Ostgrenzen.

Der belgische Landesverteidigungsminister beabsichtigt dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem ein Fonds von 500 Millionen Franken geschaffen werden soll, der dem Ausbau der Verteidigung der Ostgrenze dienen soll.

Zurückstellung des Finanzplans?

Neue Sitzung des Reichskabinetts. — Unveränderte Haltung der Volkspartei. — Die Aussichten für das Notopfer wieder schlechter.

— Berlin, 5. März.

Das Reichskabinett hielt eine neue Sitzung ab, um die Beratungen über die Steuervorschläge, insbesondere die Aufbringung von 100 Millionen Mark zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung fortzusetzen.

Noch vor der Kabinettssitzung hatte der Reichsminister der Finanzen, Prof. Dr. Moldenhauer, eine Unterredung mit dem Fraktionsvorstand und einer Anzahl führender Abgeordneter der Deutschen Volkspartei. Besprochen wurden wiederum die Vorschläge, die in den letzten Tagen zur Ueberbrückung der Meinungsverschiedenheiten gemacht worden sind. An den Beratungen nahm auch der Generaldirektor der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, von Stauß, teil.

Wie verlautet, ergaben diese Besprechungen, daß die Deutsche Volkspartei auf ihrem bisherigen Standpunkt verharrt und daß auch der demokratische Vermittlungsvorschlag in der Frage des Notopfers, der bekanntlich für dieses Jahr einen Zuschlag zur Einkommensteuer vorsieht, der im nächsten Jahre an die Betroffenen zurückgezahlt werden soll, von der Deutschen Volkspartei nicht für annehmbar gehalten wird.

Angesichts dieser verfahrenen Lage soll dann von der Volkspartei die Auffassung vertreten worden sein, daß die Verhandlungen über die Ausgleichung des Haushaltsplans nicht länger mehr mit den Younggesetzen verknüpft werden könnten.

Sozialdemokraten und Volksparteiler scheinen einer solchen Vertagung des Finanzplans nicht ungünstig gesinnt zu sein, zweifelhaft ist dagegen, ob das Zentrum, das ja von Anfang an seine Zustimmung zu dem Youngplan von der vorherigen Klärung der Finanzfragen abhängig gemacht hat, sich damit einverstanden erklären wird.

Die Entscheidung über die Haltung der Fraktionen soll am heutigen Mittwoch fallen.

*

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung kündigt den Abschluß ihrer Verhandlungen an.

— Berlin, 5. März.

Ueber die gestrige Sitzung des Reichskabinetts wurde folgende Mitteilung veröffentlicht:

Das Reichskabinett setzte in der heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung seine Beratungen über die Deckungsvorlage, die Steuersenkungen für 1931 und die Frage der Arbeitslosenversicherung fort. Die Verhandlungen sollen am Mittwoch abgeschlossen werden.

Doch wieder ein Kompromiß?

Ein neuer Vorschlag Moldenhauers.

Berlin, 4. März. In Ergänzung der amtlichen Mitteilung über die Kabinettssitzung vom Dienstag erfährt die „Telegraphen-Union" aus parlamentarischen Kreisen der Regierungsparteien, daß diese nach dem Verlauf der Kabinettsberatung vom Dienstag nachmittag auf eine Entspannung der Lage hoffen. In der Ministerbesprechung stand ein neuer Vorschlag des Finanzministers Moldenhauer zur Aussprache, der unter Vermeidung jeder direkten Besteuerung den verbleibenden 100-Millionen-Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung auf andere Weise decken soll.

Krawalle am 6. März.

Geheimbefehle der Kommunisten. — Ein internationaler Erwerbslosentag geplant.

— Berlin, 5. März.

Wie verlautet, hat eine Konferenz kommunistischer Vertreter aus Deutschland, Frankreich und Holland beschlossen, am 6. März einen „internationalen Kampftag gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit" zu veranstalten. In den größeren Städten sollen unter Umgehung des in Preußen bestehenden Demonstrationsverbots auf ein verabredetes Zeichen hin in verschiedenen Stadtteilen kleine Ansammlungen beginnen, die sich dann nach einem Ziele hin in Marsch setzen sollen. Insbesondere soll vor größeren Betrieben und vor den Arbeitsnachweisen demonstriert werden.

Was Berlin betrifft, erklärt das Polizeipräsidium, Anlaß zur Beunruhigung der Bevölkerung liege nicht vor, es seien alle Vorkehrungen getroffen, um Ruhestörungen auszuschließen. Aehnlistes gilt für die übrigen für Demonstrationen „vorgemerkten" Städte. In Berlin wird sich am 6. März die gesamte Schutzpolizei in höchster Alarmbereitschaft befinden.

*

Bayern verbietet die kommunistischen Demonstrationen.

— **München,** 5. März. Die Polizeidirektion München hat sämtliche für den 6. und 9. März geplanten kommunistischen Demonstrationen in Bayern unter Hinweis auf die Bestimmungen der Reichsverfassung verboten.

Grützner ausgeschlossen.

Einstimmiger Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

— Berlin, 5. März.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie beschäftigte sich mit dem Brief des Senatspräsidenten Grützner an den preußischen Ministerpräsidenten, durch den der Rücktritt des Innenministers Grzesinski ausgelöst wurde. Nach Beendigung der Sitzung wurde folgende Mitteilung an die Presse herausgegeben:

„Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in seiner Sitzung vom 4. März einstimmig beschlossen, den Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, Grützner, aus der Partei auszuschließen. Er erklärt, daß die Behauptung Grützners, er habe vom Parteivorstand für sein Vorgehen gegen den Minister Grzesinski freie Hand erhalten, auf Unwahrheit beruht."

* * *

Warum schließt die S.P.D. einen Mann aus, der nichts anderes tat, als um den **guten Ruf** seiner Partei und deren Regierungsmitglieder besorgt zu sein? — —

Das verschärfte Gaststättengesetz.

Eine Eingabe der Industrie- und Handelskammer Berlin an den Reichstag.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer wendet sich in einer Eingabe an den Reichswirtschaftsminister und die Mitglieder des Reichstages gegen „die unnötige Verschärfung des Schankstättengesetzes durch die bekannten Beschlüsse des Volkswirtschaftlichen Ausschusses".

Die Kammer bekämpft besonders die Einführung einer Verhältniszahl zwischen Einwohner- und Schankstättenzahl und stellt fest, daß bei Annahme dieses Beschlusses in Berlin z. B. bei zur Zeit 15 000 Gastwirtschaften und rund viereinhalb Millionen Einwohnern eine neue Konzession erst erteilt werden könnte, nachdem die Einwohnerzahl auf sechs Millionen gestiegen sein würde. Ferner lehnt die Handelskammer Berlin das Reklameverbot für alkoholhaltige Getränke bei den öffentlichen Verkehrsanstalten ab, weil diese und ähnliche andere Beschlüsse des Ausschusses zu einer schweren Schädigung der unmittelbar und mittelbar Beteiligten führen würden, ohne daß eine Notwendigkeit für eine derartige Verschärfung des Schankstättengesetzes anerkannt werden könne.

Die Kammer beantrage deshalb eine entsprechende Aenderung des vorliegenden Gesetzentwurfes in den nächsten Lesungen des Ausschusses.

Kirchlicher Tag des Ostens.

Die Generalsynode nimmt die Berichte der Grenzprovinzen entgegen.

— Berlin, 5. März.

Die Generalsynode der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union veranstaltete einen Tag des Ostens.

Der Berichterstatter des Ostausschusses, Oberbaurat Dr. Schmidt-Marienburg, gab dem Selbstbehauptungswillen des Ostens Ausdruck. Die Ostflucht, so führte er aus, treibe Unruhe in das Leben der kirchlichen Gemeinden. Ein Siebentel der Pfarrstellen in Ostpreußen und in der Grenzmark seien unbesetzt. Die evangelische Kirche des Ostens könne die helfende Tat der Mutterkirche nicht entbehren. Superintendent Schmula-Beuthen ergänzte diese Ausführungen durch den Hinweis auf die hohe Bedeutung der Volkshochschulen und der Mitarbeit in den Jugendämtern.

Zur Not Ostpreußens sprachen vier Vertreter. Generalsuperintendent D. Gennrich wies auf die geschichtliche Sendung hin, die Ostpreußen trage: Ein Damm zu sein gegen die Ueberflutung durch slawischen Geist vom Osten her. Die Ostpreußen könnten aber aus eigener Kraft die ihnen gewordenen Aufgaben nicht erfüllen. Der Präses der ostpreußischen Generalsynode, D. von Berg, unterstrich diese Ausführungen und erklärte noch, die Familien verließen in Scharen das Land, da sie glaubten, das Land nicht mehr sich selbst und ihren Kindern erhalten zu können.

Die Generalsynode nahm dann einen Entschließungsantrag an, worin der Kirchenleitung für ihre klare Erfassung der kirchlichen Aufgaben im deutschen Osten gedankt und der Wille zum Ausdruck gebracht wird, den Ostgebieten in der Erfüllung ihrer besonderen kirchlichen Aufgaben nachdrücklichst beizustehen. Im einzelnen wird gefordert: Vermehrung der geistlichen Kräfte im Osten, Förderung der evangelischen Volkshochschule, Pflege des Heimatgefühls in den Gemeinden, Ausbau des evangelischen Wohlfahrtsdienstes in Stadt und Land und Stärkung der evangelischen Siedler zum Ausharren in ihrer schweren Arbeit.

Das Gesetz über die Verwendung der Kandidaten im Hilfsdienst der Kirche wurde ohne Aussprache in zweiter Lesung angenommen.

Im Anschluß an die Vollversammlung trat der Kirchensenat unter Vorsitz D. Winclers zu seiner ersten Sitzung nach der Neuwahl zusammen

---

schlimm. Gleich mit dem ersten, der nach der Hochzeit anklopfte — geschliffen war der Kerl wie ein Damenschneider und dienern konnte er wie ein Barbier — hatte Anton auf der Ofenbank gesessen, brüderlich mit ihm gesprochen und ihn dann mit einer derben Arbeitshose und einer Tasche voll Aepfel entlassen. Andern Tags kommt ein zweiter, der hatte ein Gesicht, in dem eine böse Geschichte geschrieben stand, sonst aber war er lauter Demut und Bußfertigkeit — hätte Anton nur gewollt, dann wäre die Ofenbank gleich eine Bußbank geworden. Der verließ das Haus mit einer warmen Kappe und einem dicken Butterbrot. Die Hausfrau sah es, sagte aber nichts. Und dann währte es kaum eine Woche und der Hofhund, der neben der großen Tennentür lag, rasselte tagsüber fast ununterbrochen mit seiner Kette. Und sprang und tobte und kläffte, als ob er sich umbringen wollte. Zu zweien, zu dreien kamen sie oft auf den Hof, meistens geriebene Fechtbrüder, deren Leben schon seit Jahrzehnten immer denselben Kreislauf hatte: Schenke, Landstraße, Arbeitshaus. Einmal haben solche Leute eine merkwürdige Witterung für jedes Haus, wo der anklopfenden Not geholfen wird, dann aber auch — was mehr ist — haben die wandernden Leute unter sich einen solchen Nachrichtendienst, daß, wenn einer von ihnen an irgendeiner Tür gut beschenkt wird, vielleicht schon ein paar Stunden später ein anderer Zunftgenosse sich derselben Tür nähert, wenn es sein muß, mit frommem Gesicht und hinkend und humpelnd wie ein alter Landsknecht, der den ganzen Dreißigjährigen Krieg mitgemacht hat. Einmal stand in Antons Stube so ein blasser Bursch, der, wie er sagte, wegen der schlechten Zeiten aus der Lehre entlassen war und nun — was er nicht sagte — bei einem alten waschechten Sonnenbruder, der oben an der Straße auf ihn wartete, in einer neuen Lehre war. Das griff dem Anton ans Herz, er gab dem jungen Menschen einen guten Rock und ein Sonntagsblatt mit und hob dann draußen vor der Tür den Arm: „Dort hinten, vier Stunden von hier, liegt Wilhelmsdorf! Dort findest du Arbeit und Brot." Aber andern Tags kommt sein Mädchen aus der Schule, das hatte das Sonntagsblatt auf der Straße gefunden. Und später sah er, daß der Knecht eines eine halbe Stunde weit wohnenden Gastwirts den Rock trug, den er dem armen Jungen geschenkt hatte.

(Schluß folgt.)

Indischer Werbefußmarsch.

Ghandi ruft zu einem „Feldzug des bürgerlichen Ungehorsams" gegen England auf.

— London, 5. März.

Nach den letzten Meldungen aus Indien rechnen die Führer der indischen Nationalbewegung mit der Ablehnung des Ultimatums an den britischen Vizekönig und bereiten sich bereits auf diesen Fall vor. Ghandi wird die Absicht zugeschoben, nach der Ablehnung seines Ultimatums die Erfüllung der indischen Forderungen auf „gewaltsamen" Wegen betreiben zu wollen. Und zwar dadurch, daß er einen „Feldzug des bürgerlichen Ungehorsams" gegen England einleitet.

Den Berichten der englischen Zeitungen zufolge wird der „Feldzug des bürgerlichen Ungehorsams" in etwa zehn Tagen mit einem mehrwöchigen Werbe-Fußmarsch beginnen, der von dem Wohnort Ghandis nach dem Salzbezirk führt. Auf dieser Reise will Ghandi die Bevölkerung bewegen, den englischen Behörden und den indischen Beamten im Dienste Englands den Gehorsam zu verweigern und den Kauf englischer Erzeugnisse abzulehnen, bis England sich bereiterklärt, sofort Indien das Recht uneingeschränkter Selbstregierung zu verleihen.

In der englischen Presse werden die Aussichten des „Feldzugs" übereinstimmend ungünstig beurteilt. Man gibt sich in London den Anschein, als habe England von dieser Aktion nichts zu fürchten und schreibt, praktisch werde der „Feldzug des bürgerlichen Ungehorsams" nur auf die Mißhandlung und Boykottierung der im Dienst Englands stehenden Beamten hinauslaufen. Die Zeitungen gestehen aber zu, daß die Inder selbst wesentlich optimistischer denken und von dem Erfolg ihres Kampfes überzeugt sind.

Alarmgerüchte aus Spanien.

Man liebäugelt wieder mit der Diktatur. — Vor dem Sturz Berenguers?

— Paris, 5. März.

Aus Spanien kommen neue Alarmnachrichten. Danach soll General Berenguer, der den Diktator Primo de Rivera ablöste von dem Posten des Ministerpräsidenten wieder zurücktreten und den König schon um seine Entlassung gebeten haben. Anknüpfend daran, daß General Martenez Anido dieser Tage eine Unterredung mit dem spanischen König hatte, spricht man davon, daß General Anido Chef einer neuen Regierung werden soll. Zurückgeführt werden die Meinungsverschiedenheiten darauf, daß der König eine scharfe Bekämpfung der republikanischen Bewegung wünscht, damit aber bei General Berenguer auf Widerstand gestoßen ist. Was an diesen Gerüchten Wahres ist, ist bisher nicht zu erkennen, Tatsache ist aber, daß in Spanien eine neue Bewegung auf Wiedererrichtung der Diktatur im Gange ist.

*

Putschgerüchte in Portugal.

In Portugal zirkulieren Gerüchte von einem bevorstehenden monarchistischen Putsch. Eine von der Polizei veröffentlichte Note besagt zwar, daß sie die Machenschaften der Verschwörer genau kenne und daß keinerlei Ruhestörungen zu befürchten seien, doch bleibt die allgemeine Besorgnis bestehen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 5. März 1930.

— Die Große Strafkammer des Landgerichts Berlin III ist aufgelöst worden.

*

:: **Amtsübernahme des preußischen Innenministers Waentig.** Der bisherige Oberpräsident der Provinz Sachsen, Prof. Dr. Waentig, hat nunmehr sein Amt als preußischer Innenminister angetreten und sich den Beamten, Angestellten und Arbeitern seines Ministeriums vorgestellt.

:: **Falsche Beschwerden über schlechte Behandlung polnischer Wanderarbeiter.** Nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle hat eine Nachprüfung der von der polnischen Presse gebrachten Beschwerden über schlechte Behandlung polnischer Wanderarbeiter in Deutschland ergeben, daß diese Beschwerden in jedem Falle der Berechtigung entbehren.

Ueberschwemmungskatastrophe in Frankreich.

Das Departement Tarn ist von starken Ueberschwemmungen heimgesucht worden, die auch Menschenleben forderten und riesigen Schaden anrichteten. So haben in der Stadt Castres die entfesselten Fluten des Agout die am Fluß liegenden Straßen plötzlich unter Wasser gesetzt.

Man befürchtet, daß 20 Menschen ertrunken sind. Seit dem Jahre 1875 waren derartig heftige Regengüsse nicht zu verzeichnen, wie sie in den letzten Tagen auftraten.

Auch aus anderen Ortschaften liegen Unglücksnachrichten vor. Von dem Dorf Lacze ragt nur noch das Dach einer Weberei aus den Fluten hervor. In Mazamet haben die an der Arnette gelegenen Werke große Beschädigungen erlitten.

Besonders stark sind die Verwüstungen in Saint Amans. Hier überschwemmten die Fluten den Friedhof und rissen die Särge mit sich fort.

In Saint Sulpice wurde eine Hängebrücke abgetrieben und die Kirche bedroht. In den Ostpyrenäen ist die Eisenbahnstrecke von Narbonne nach Perpignan unterbrochen. Ein Schienenstrang wurde durch den Ansturm der Wassermassen einfach fortgerissen.

*

Ungewöhnliche Wärme auf Island.

Wie aus Reykjavik gemeldet wird, ist in den letzten Tagen über das isländische Hochland eine außergewöhnliche Wärmewelle hinweggegangen, die große Ueberschwemmungen zur Folge hatte. In Südwest-Island mußten die Bewohner verschiedener Bauernhöfe mit Booten gerettet werden. Zahlreiche Pferde und Schafe sind ertrunken. Die Heuvorräte sind vielfach durch Eindringen von Wasser vernichtet worden.

*

Die Zahl der Toten hat sich den letzten Meldungen zufolge inzwischen auf 37 erhöht. 600 Arbeiter sind in einer Fabrik von den Fluten eingeschlossen, ohne daß ihnen Hilfe gebracht werden kann. Große Landstrecken sind einfach verschwunden, ganze Weinberg-Hänge fortgeschwemmt, Eisenbahndämme vollkommen zerstört und unzählige Häuser dem Erdboden gleichgemacht.

Sozialer Studentenkursus 1930.

Die Evangelisch-soziale Schule veranstaltet vom 3. bis 9. April einen sozialen Lehrgang für Komilitonen aller Fakultäten. Die Leitung des Kurses liegt in Händen von Herrn Professor D. Dr. Brunstäd, Rostock.

Die jährlich veranstalteten Kurse dienen zur Vertiefung und Erweiterung der sozialen Kenntnisse. Die Stellungnahme der Kirche zu den sozialen Forderungen wird in grundlegenden Referaten behandelt.

Im Rahmen des Lehrgangs werden sprechen: Professor D. Dr. Brunstäd über „Die soziale Aufgabe der Kirche", „Christliche Wirtschaftsethik", „Problem der Wirtschaftsverfassung", „Das Proletariat und die Sozialpolitik"; Dr. Wendland-Heidelberg über „Die soziale Tätigkeit der evangelischen Kirche", „Student, Sozialethos und soziale Arbeit"; Dr. Schweitzer-Johannesstift über „Die Innere Mission"; Arbeiter-Sekretär Hülser über „Die deutsche Arbeiterbewegung"; Präsident Brauweiler (Arbeitgeberverband) über „Wirtschafts- und Sozialpolitik der Arbeitgeber" und Brost-Berlin über „Wirtschafts- und Sozialpolitik der Arbeitnehmer."

Anmeldungen sind bis spätestens 27. März an die Ev.-soziale Schule, Spandau-Johannesstift, Stöckerhaus, erbeten. Kosten: 20, —Mark.

* Im englischen Unterhaus teilte Außenminister Henderson mit, daß die durch die Amerikareise des Ministerpräsidenten Macdonald entstandenen Kosten nur auf 32 000 Mark zu veranschlagen seien.

Oberbürgermeister Böß hat bei seiner Amerikareise über 90 000 Mark verbraucht.

Vergessen Sie die Werbung für den „Aufwärts" nicht!

Provinzialtagung des Ev. Elternbundes.

Am 16. Februar nachmittags 4 Uhr fand im Paulusgemeindehaus die diesjährige Provinzialvertretertagung des westfälischen Elternbundes statt. Vertreten waren in Dortmund nur die Abgeordneten der Elternbünde des Westens, über 100 Männer und Frauen, da für den Osten d. Provinz eine besondere Zusammenkunft vorgesehen ist.

Die Uebersicht über die schulpolitische Lage gab Direktor Dr. Winckler-Witten; Dr. jur. Piutti von der Provinzialgeschäftsstelle gab den Arbeits- und Jahresbericht. Auch beim Fehlen einer aktuellen schulpolitischen Debatte im Reich sei die schulpolitische Frage eine Dauerfrage für die Elternschaft geworden. Anlaß sind Schulartikel der R.V. mit der Verankerung des Mitbestimmungsrechts der Eltern, die regelmäßigen Elternbeiratswahlen und die weltanschauliche Zeitlage überhaupt. Demgegenüber ist der Zusammenschluß aller evangelischen Verbände zur Bildung einer gemeinsamen christlichen Elternfront eine Notwendigkeit. Angesichts des Vordrängens des radikalen Freidenkertums auf allen Gebieten sei dies geradezu eine Lebensfrage für die Zukunft der christlichen Kultur. Auch der Wechsel im preußischen Kultusministerium sei ein Ereignis, das in seinen Auswirkungen auf die schulpolitische Lage stärkste Aufmerksamkeit erfordere. Die Arbeit des Elternbundes wurde im letzten Jahre auf das soziale Gebiet ausgedehnt. Hier liegt auch die Bedeutung der diesjährigen Reichserziehungswoche mit ihrem Jugendwohlfahrtsprogramm.

Ein drittes Referat von Pfarrer Schmidt-Brackel, dem Kreisverbandsvorsitzenden von Großdortmund behandelte das Thema „Elternbund und Großstadt". Er zeigte erschütternde Beispiele von Gefährdung der Großstadtjugend, und leitete daraus die Pflicht ab, bei der Arbeit der Elternbünde über Elternhaus und Schule hinaus auch diesen vielfachen Nöten und Schwierigkeiten Beachtung zu schenken und ihnen durch praktische und opferbereite Mitarbeit in der Kinderfürsorge und Jugendwohlfahrtsarbeit entgegenzuwirken. —

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Gadderbaum,** den 28. Februar 1930. Es sind neuerdings wieder Klagen darüber laut geworden, daß im Frühjahr trotz der vielfach bestehenden polizeilichen Verbote, sowohl von Kindern als auch von Erwachsenen das verdorrte Gras angezündet wird; abgesehen von der hierdurch hervorgerufenen Gefahr der Verursachung von Waldbränden werden durch die Brände viele Vögel, die im Frühjahr ganz dicht an der Erde brüten und denen gerade die überhängenden Grasbüschel an Böschungen die beste Nistgelegenheit bieten, in ihren Nist- und Brutgeschäften gestört oder auch gänzlich vernichtet.

Die große Verbreitung dieser Unsitte wird zu einem beträchtlichen Teil darauf zurückzuführen sein, daß die bestehenden diesbezüglichen Verbote unter der Bevölkerung zu wenig bekannt oder in Vergessenheit geraten sind.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.** Am **Freitag** abend 8 Uhr spricht im Gemeindehause in der Grünstraße der neue **Bundeswart** des Westbundes, Herr P. **Juhl**-Barmen über das Thema: „Mit der Bibel im Rucksack über die Gipfel der Alpen." Eintritt frei. Der Vortrag ist **öffentlich.** Wir gehen 7½ Uhr vom Telefonhaus ab.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen.
Nadelhölzer. – Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Der Deutsche Rundfunk hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert!

Jede Woche .. er ist nach wie vor die Zeitschrift mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt!
80 Seiten für 50 Pf • Monatsbezug RM 2.–
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Zum 1. April ein tüchtiges, erfahrenes
Mädchen
für einen größeren Haushalt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an die Geschäftsstelle des „Aufwärts" unter A 6241

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

Wir suchen f. uns. 19j. Tochter, Abiturientin, musik., im Haushalt nicht unerfahren, hauswirtschaftl.
Beschäftigung
am liebsten, wo Kinder sind. Voller Familienanschluß und kl. Taschengeld erwünscht. Angebote unter A 6248 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Junger strebsamer
Tischlergeselle
sucht möglichst bald passende Anstellung. Angebote unter A 6231 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

In feiner
Privatkochschule
mit Internat werden einige evangel. Töchter aus gebild. Familie in der **feinen Küche** (auch vegetarische und Rohkost) und in der selbständigen Führung eines Haushaltes ausgebildet in dreimonatlichen Kursen. Beginn d. nächsten Kursus Anfang Mai. Günstige Bedingungen. Empfehlungen.
B. Leis, Mannheim N. 5. 1.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld ist die Echtheit meines
Bienen-Blüten-garant. Honigs
10 Pfd. Dos. 11.20 RM, vorwiegd. **Klee-Lindenblüte** 12.90 RM, halbe Dos. 6.35 RM u. 7.40 RM, 1½ Pfd. Dos. 2.05 RM u. 2.30 RM frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
Lehrer i. R. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in **Ophir,** vereinigte Verkaufsstellen der **Anstalt Bethel, zu haben.**

EISU-Stahl- u. Holz-Betten
Schlafzimm., Kinderbett., Stahlmatratz., Polster, Chaisel. a. Private. Ratenzhlg. Katal. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Zum 9. März – Brüder in Not!
„Genauen und eingehenden Aufschluß über Rußland gibt": so schreibt F. Rienecker Warte: **Bilder aus Sowjetrußland** 160 S. Mk. 2.25 und Mk. 3.25. **Meine Flucht** 96 S., Mk. 1.25 und Mk. 2.25 von **Abr. Kroeker.**
D. Zöcklers Gemdbl. f. Polen schreibt: „B ide Bücher enthüllen schonungslos die furchtbaren Greuel und entsetzl. Zustände in Rußland". Bezügl. Verbreitung von Partieen z. Besten der Sammlung für „Brüder in Not" gibt der Verlag Auskunft. Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt (Porto 15 bezw. 30 Pfg.)
vom Verlag **Th. Urban, Striegau,** Postscheck Breslau 2714



Dies ist das Zeichen der guten Uhr.
Herrenuhren — Armbanduhren
Große Auswahl in allen Preislagen.
H. Breder, Bielefeld
Gütersloherstr. 14 *Fernsprecher 1012*

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.